

Energieeffizienzgesetz führt zu hohen Belastungen für Rechenzentren

Berlin, 24. Oktober 2022 – Das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz plant in einem Referentenentwurf für ein Energieeffizienzgesetz die Auflagen für Rechenzentren massiv zu verschärfen. **Dazu erklärt Bitkom-Präsident Achim Berg:**

„Rechenzentren bilden die Basis der Digitalisierung und werden nun durch das Energieeffizienzgesetz aus Deutschland vertrieben. Die geplanten Vorgaben sind für viele Rechenzentren nicht erfüllbar und konterkarieren die von der Bundesregierung jüngst in ihrer Digitalstrategie formulierten Ziele. Rechenzentren hängen vom deutschen Strommix ab und dieser Strommix wird von der Politik gesetzt. Jetzt die Rechenzentren für die energiepolitischen Fehlleistungen von Bund und Ländern in Haft zu nehmen, wird Deutschlands Klimabilanz mittelbar verschlechtern und schwächt zudem die Sicherheit unserer kritischen Infrastrukturen.

Deutschland muss den Ausbau erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparungen in allen Bereichen von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft drastisch steigern. Bitkom begrüßt deshalb ausdrücklich, dass die Bundesregierung dieses Thema vorantreibt. Dabei ist klar, dass sich Deutschlands Klimaziele nur mit und nicht gegen die Digitalisierung erreichen lassen. Nun sollen alle deutschen Rechenzentren ab 2024 – also in etwas mehr als einem Jahr – zu 50 Prozent und ab 2025 komplett mit Ökostrom betrieben werden. Bis dahin ist die Energiewende in Deutschland nicht umgesetzt und es ist schlicht nicht ausreichend Strom aus regenerativen Quellen verfügbar. Wenn nun Rechenzentren überproportional regenerativ erzeugten Strom aufkaufen müssen, fehlt dieser Strom anderen Kunden und gleichzeitig werden die Strompreise weiter nach oben getrieben.

Bereits heute bieten andere europäische Länder erhebliche Standortvorteile mit deutlich geringeren Stromkosten bei zumeist besserer CO₂-Bilanz. Die Rechenzentren in Deutschland müssen hingegen mindestens die Hälfte der Betriebskosten für Stromkosten veranschlagen. Wenn die Stromkosten in Deutschland nun durch unrealistische Vorgaben weiter in die Höhe getrieben werden, werden deutsche Rechenzentren im Wettbewerb massiv belastet und der Standort insgesamt geschwächt.

Darüber hinaus macht es keinen Sinn, den Rechenzentren eine Pflicht zur Nutzung von Abwärme aufzuerlegen, ohne zugleich eine Pflicht zur Abnahme dieser Abwärme etwa bei Stadtwerken oder Wärmenetzbetreibern einzurichten. Die weit überwiegende Mehrheit der Rechenzentren würde schon jetzt bereitwillig ihre Abwärme abgeben. Doch mangelt es nicht nur an Abnehmern, sondern auch an modernen Wärmenetzen. Dabei könnte durch die direkte Anbindung von Rechenzentren an öffentliche und private Fernwärmenetze ein direkter Beitrag zur Grundversorgung geleistet und die Energiebilanz der Rechenzentrums-Branche selbst deutlich verbessert werden. In der Praxis wird die anfallende CO₂-freie Wärme der Rechenzentren aktuell meist ungenutzt an die Umwelt abgegeben. Nach Bitkom-Berechnungen könnten mit der Nutzung der Rechenzentrumsabwärme jährlich rund 350.000 Wohnungen versorgt werden.

Rechenzentren stehen mit 17 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr für knapp drei Prozent des gesamten Stromverbrauchs in Deutschland. Gleichzeitig sorgen sie dafür, dass an anderer Stelle massiv Energie eingespart werden kann, indem Unternehmen und Verwaltungen zum Beispiel auf eigene Server verzichten können und stattdessen energieeffizientere Cloud-Lösungen nutzen, wie sie über Rechenzentren angeboten werden. Auch für die Reduktion der CO₂-Emissionen zum Beispiel in der Mobilität, der Industrie oder dem Gebäudesektor durch digitale, effizienzsteigernde Technologien sind Rechenzentren unentbehrlich.“

Kontakt

Nina Paulsen

Pressesprecherin
Telefon: +49 30 27576-168
E-Mail: n.paulsen@bitkom.org

Nick Kriegeskotte

Leiter Infrastruktur & Regulierung

[Nachricht senden](#)

Link zur Presseinformation auf der Webseite:

<https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Energieeffizienzgesetz-Belastungen-Rechenzentren>